

Kurzfassung zum Abschlussbericht

Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“

Berlin, 12. April 2013

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

 **ERNST & YOUNG**

Im Auftrag des



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Neuen Bundesländer

Autoren:

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Sven Pirsig

Dr. Matthias Kirbach

Cornelia Gottbehüt

Virginia Moukoulis

Julia Tzanakakis

Jana Schultz

Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.

Henrike von Platen

Dagmar Schwarz

1. Ausgangslage und Auftrag

Die ländlichen Regionen der neuen Länder sind in ihrer demografischen Entwicklung besonders von Bevölkerungsrückgang und Alterung betroffen. Auffallend ist hierbei die überproportionale Abwanderung junger Frauen. Diese Abwanderung führte, kumuliert bis heute, zu einer Geschlechterdisproportion in kleineren Kommunen.

Längerfristig kann diese Entwicklung zu negativen, sozialen und politischen Effekten für die Gesellschaft führen.¹ Ein möglicher Effekt ist, dass in den ländlichen Regionen zunehmend weniger, insbesondere junge ausgebildete Frauen dem Arbeitsmarkt und dem gesellschaftlichen Leben, wie bspw. der Kommunalpolitik u. a., zur Verfügung stehen.

Die Repräsentanz von Frauen im politischen Alltag hat sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren erheblich verändert. In den Zeiten Ende der 1980er- und frühen 1990er-Jahre und mit Einführung von Quotenregelungen erreichte der Anteil von Frauen erstmals die 10 %-Hürde in den bundesdeutschen Parlamenten. Aktuell stellt sich die Repräsentanz von Frauen im politischen Alltag je nach Betrachtung sehr unterschiedlich dar. Der Frauenanteil beträgt in den Parlamenten des Bundes ca. 32,9 %, in den Parlamenten der Länder ca. 32,3 %.² Auf Ebene der Kommunalparlamente ist die Repräsentanz von Frauen mit durchschnittlich 26,1 % deutlich geringer.³

Verlässliche und umfassende Informationen zu ländlichen Regionen bzw. kleineren Kommunen und Gemeinden liegen bislang nicht vor. Vor diesem Hintergrund betrachtet das Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ den Einfluss kommunalpolitischen Engagements von Frauen im ländlichen Raum. Das Forschungsprojekt untersucht Fragestellungen:

- ▶ nach der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern,
- ▶ den hemmenden bzw. motivierenden Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement und
- ▶ inwieweit kommunalpolitisches Engagement von Frauen einen Bleibe- bzw. Haltefaktor in ländlichen Regionen darstellt.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat hierfür die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, in Zusammenarbeit mit dem Business and Professional Women (BPW) Germany e. V. beauftragt.

2. Forschungsdesign

Für das Forschungsvorhaben wurde ein Forschungsdesign gewählt, das einen Mix an qualitativen und quantitativen Methoden beinhaltet:

- ▶ Wissenschaftliche, theoretische Einordnung und Thesenbildung,
- ▶ Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern,
- ▶ Durchführung leitfadengestützter Interviews und
- ▶ Reflexionsworkshop zur Validierung der Ergebnisse und Entwicklung von Handlungsansätzen.

¹ Vgl. Martens, 2010, Zug nach Westen - anhaltende Abwanderung, S. 24.

² Vgl. BMFSFJ, 2012, 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, S. 8ff.

³ Durchschnittswert, ebenda.

Wissenschaftliche, theoretische Einordnung und Thesenbildung

Zur Identifikation der Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen erfolgte ein Desk Research. Darauf aufbauend wurden Thesen zu den Themenkomplexen: biografische Entwicklung und soziodemografische Merkmale, Strukturen in der Kommunalpolitik und regionale Rahmenbedingungen abgeleitet.

Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern

Es erfolgte erstmals eine Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die rd. 3.000 Städte und Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern.⁴ Dies erfolgte mittels Internetrecherche und Daten der Statistischen Landesämter⁵ (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Recherchierte Ebenen nach Bundesländern

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl Verwaltungsverbände* ⁶	Anzahl Gemeinden*	Anzahl Gesamt*
Brandenburg	14	53	415	482
Mecklenburg-Vorpommern	6	77	788	871
Sachsen	10	89	453	552
Sachsen-Anhalt	11	18	216	245
Thüringen	17	114	901	1.032
Insgesamt	58	351	2.773	3.182

* Angaben, zu denen Daten recherchiert werden konnten Quelle: Ernst & Young, eigene Erhebung; Stand der Erhebung: 1. Oktober 2012

Durchführung leitfadengestützter Interviews

Zur Untersuchung der Thesen und Vertiefung von Fragestellungen wurden leitfadengestützte Interviews mit 30 ehren- und hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen geführt. Folgende Themen wurden besprochen:

- ▶ Herkunft und Biografie der Kommunalpolitikerinnen,
- ▶ Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben,
- ▶ Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei,
- ▶ Organisationskulturen in kommunalpolitischen Strukturen,
- ▶ Zivilgesellschaftliches Engagement und
- ▶ Regionale Rahmenbedingungen.

Durchführung eines Reflexionsworkshops

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts wurden im Rahmen eines Workshops validiert, reflektiert und herausgearbeitet, welche Ansätze bestehen, um die Partizipation von Frauen auf kommunaler Ebene nachhaltig zu stärken. Die Ergebnisse dienten als Input zur Ableitung von Handlungsempfehlungen.

⁴ Berlin sowie kreisfreie Städte bleiben aufgrund der Ausrichtung des Projekts auf kleinere Kommunen und Gemeinden sowie deren spezifischen Rahmenbedingungen unberücksichtigt.

⁵ Sofern Daten der Statistischen Landesämter für die jeweiligen Ebenen vorlagen, wurden diese mit denen per Internetrecherche erhobenen Informationen abgeglichen.

⁶ Der Begriff Verwaltungsverband wird synonym für das Amt, Verwaltungsverband, Verwaltungsgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft und amtsangehörige Gemeinden verwendet.

3. Ergebnisse der Gesamterhebung zur kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den Bundesländern

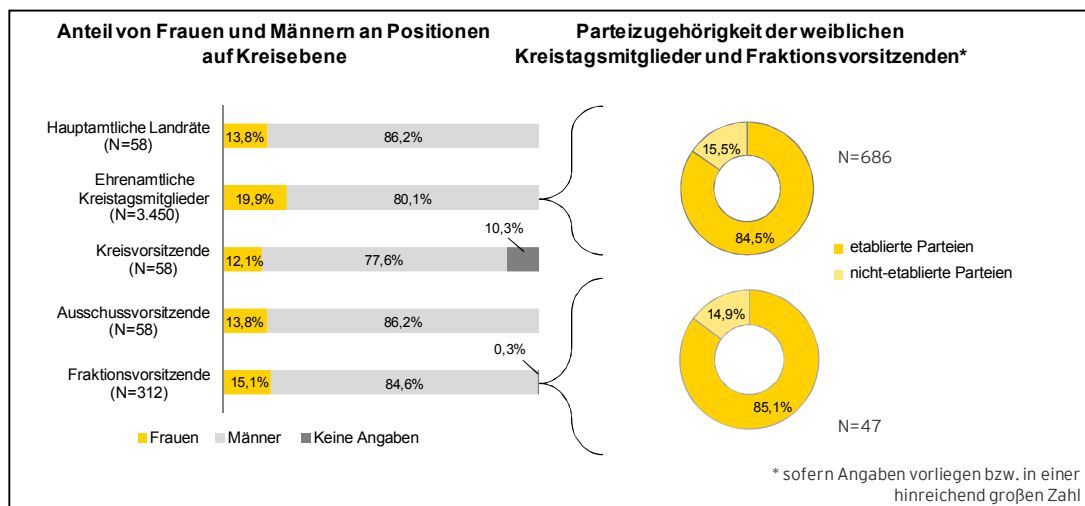
Als Indikatoren zur Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen wurden Positionen auf den Ebenen Landkreis, Verwaltungsverband⁷ und Gemeinde erhoben. Als weiteres Merkmal wurde die Zugehörigkeit der Kommunalpolitikerinnen zu einer etablierten⁸ bzw. nicht-etablierten⁹ Partei bestimmt.¹⁰

Als Ergebnis der erstmaligen Gesamterhebung ist festzustellen, dass Frauen auf allen drei untersuchten Ebenen und auf allen Positionen deutlich unterrepräsentiert sind. Auf Kreisebene beträgt der Frauenanteil in kommunalen Gremien knapp 19,9 %, auf Ebene der Verwaltungsverbände 17,9 % und auf Ebene der Gemeinden 21,5 %. Im Rahmen der Untersuchungen wurden über alle drei Verwaltungsebenen hinweg die Spitzenpositionen erhoben.¹¹ Es wurden 7.555 Personen identifiziert, der Anteil an Frauen beträgt 1.040 Frauen (13,8 %). Die Gesamtzahl aller Mandatsträger o. ä. in den betrachteten Gremien umfasst 34.616 Personen, davon sind 7.316 Frauen (21,1 %). Für die drei untersuchten Ebenen stellt sich die Situation wie folgt dar.

Ebene der Landkreise

In den betrachteten fünf ostdeutschen Bundesländern gab es zum Zeitpunkt der Untersuchung 58 Landkreise. Abbildung 1 gibt einen Überblick für die Repräsentanz von kommunalpolitisch aktiven Frauen auf Ebene der Kreise.

Abbildung 1: Kommunale Repräsentanz von Frauen auf Ebene der Kreise



Quelle: Erhebung Ernst & Young, Stand: 1. Oktober 2012, Abweichungen in der Summe durch Runden

⁷ Der Begriff Verwaltungsverband wird synonym für das Amt, Verwaltungsverband, Verwaltungsgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft und amtsangehörige Gemeinden verwendet.

⁸ Etablierte Parteien sind Parteien, die innerhalb des Parteiensystems auf Dauer einen festen Platz einnehmen. Sie verfügen über eine große Mitgliederzahl auf allen Ebenen der Politik und haben einen großen politischen Einfluss. Vgl. Rowold/Immerfall, 1997, Im Schatten der Macht, Nicht-etablierte Kleinparteien, in: Mintzel/Oberreuther (Hrsg.), 1997, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

⁹ Es wurden nicht-etablierte und Kleinparteien subsummiert. Klein- und nicht-etablierte Parteien haben geringe Mitgliederzahlen, niedrige Wahlergebnisse, geringen politischen Einfluss und haben keine längerfristigen größeren Wahlerfolge verbucht. Vgl. Dietsche, 2004, Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems.

¹⁰ Eine tabellarische Zusammenfassung ist den Anhängen 1 bis 6 zu entnehmen.

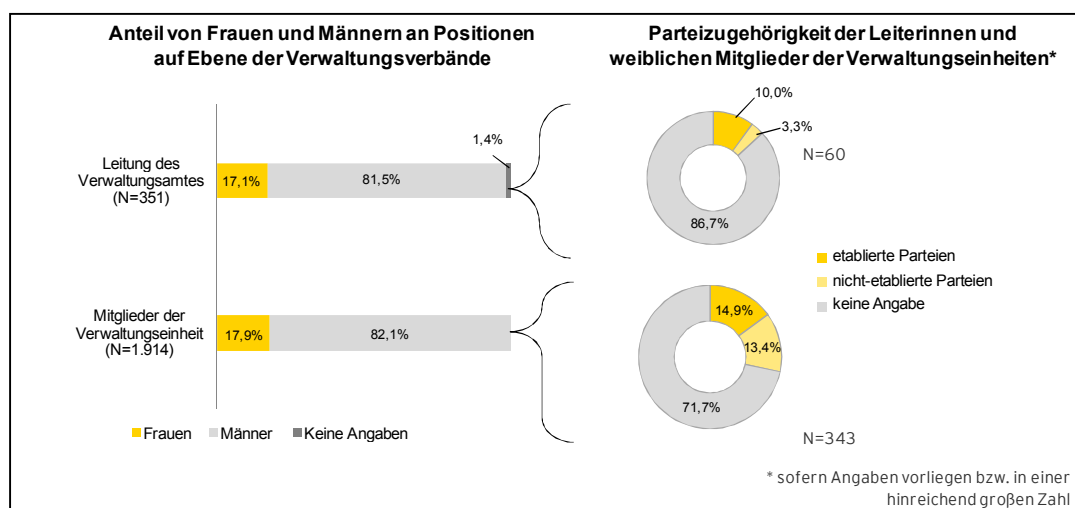
¹¹ Unter Spitzenposition wurden die Funktionen LandrätInnen, LeiterInnen der Verwaltungsverbände und Bürgermeister sowie die jeweiligen Vorsitzenden (Vorsitz des Kreises/der Gemeinde/des Ausschuss/der Fraktion) differenziert nach den Ebenen zusammengefasst.

In acht Landkreisen fungieren Frauen als Landrätinnen (das entspricht einem Anteil von 13,8 %). In den jeweiligen Kreistagen sitzen insgesamt 3.450 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, unter ihnen 686 Frauen (19,9 %). Die Ergebnisse zeigen zudem, dass in sieben Kreistagen Frauen (12,1 %) und in acht Ausschüssen Frauen Vorsitzende (13,8 %) sind. Einen Fraktionsvorsitz haben 47 Frauen (15,1 %) inne.

Ebene der Verwaltungsverbände

Insgesamt 351 Verwaltungsverbände¹² wurden identifiziert. 60 Verwaltungsverbände (17,1 %) werden von Frauen geführt. Insgesamt 1.914 Personen sind Mitglieder dieser Verwaltungsverbände. Hiervon sind 343 Mitglieder (17,9 %) Frauen. Angaben zur Parteizugehörigkeit der Kommunalpolitikerinnen sind nur als Indikation zu werten, da für eine Bewertung eine zu geringe Fallzahl vorliegt.

Abbildung 2: Kommunale Repräsentanz von Frauen auf Ebene der Verwaltungsverbände



Quelle: Erhebung Ernst & Young, Stand: 1. Oktober 2012, Abweichungen in der Summe durch Runden

Ebene der Gemeinden

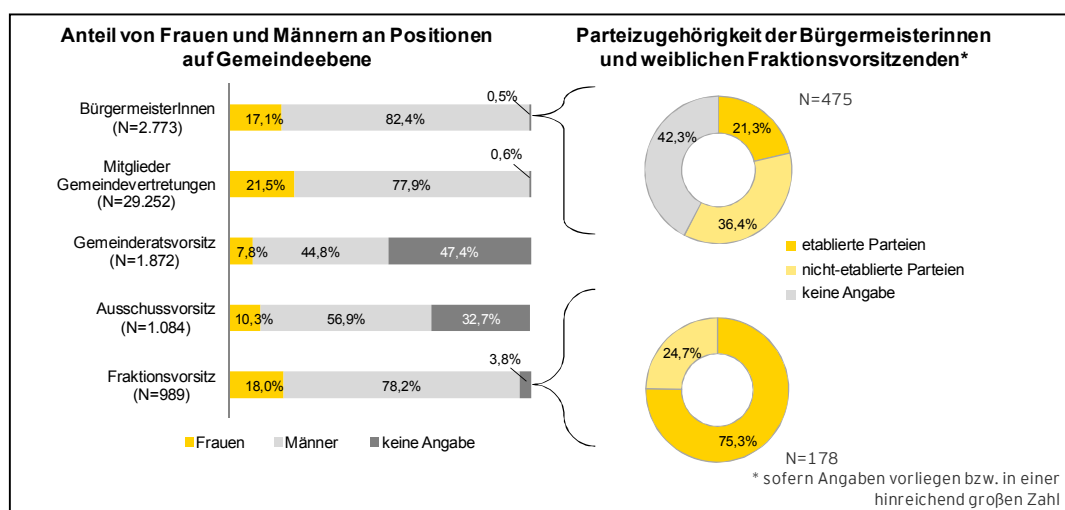
Es wurden 2.773 Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern untersucht. In 475 Gemeinden (17,1 %) amtieren Bürgermeisterinnen. Von diesen sind 101 Frauen (21,3 %) in etablierten und 173 Frauen (36,4 %) in nicht-etablierten Parteien. Für 201 Frauen (42,3 %) liegen keine Angaben vor (siehe Abbildung 3). In den Gemeindevertretungen sind 29.252 Männer und Frauen tätig, davon 6.287 weibliche Mandatsträgerinnen (21,5 %). Von diesen sind 2.741 Frauen (43,6 %) etablierten Parteien und 1.986 Frauen (31,6 %) nicht-etablierten Parteien angehörig. Für knapp ein Viertel der Frauen liegen keine Angaben vor¹³.

¹² Der Begriff Verwaltungsverband wird synonym für das Amt, Verwaltungsverband, Verwaltungsgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft und amtsangehörige Gemeinden verwendet.

¹³ Hierzu liegen keine Angaben der statistischen Landesämter oder öffentlich zugängliche Daten (wie homepage der Gemeinde etc.) vor.

Der Gemeinderatsvorsitz konnte für 1.872 Gemeinden ermittelt werden. 145 dieser Gemeinden werden von Frauen (7,8 %) geführt. Für 47,4 % waren keine Angaben ermittelbar bzw. war die Position des Vorsitzes zum Zeitpunkt der Erhebung unbesetzt. Einen Ausschussvorsitz¹⁴ nehmen 112 Frauen (10,3 % Frauen) in 1.084 untersuchten Gemeinden wahr. Für 32,7 % liegen keine Angaben vor. Die Position des Fraktionsvorsitzes wurde für 989 identifiziert. In 178 Fällen (18,0 %) werden diese von Frauen besetzt. 134 Frauen (75,3 %) stehen der Fraktion einer etablierten Partei vor, 44 Frauen (24,7 %) einer nicht-etablierten Partei.

Abbildung 3: Kommunale Repräsentanz von Frauen auf Ebene Gemeinden



Quelle: Erhebung Ernst & Young, Stand: 1. Oktober 2012, Abweichungen in der Summe durch Runden

Die Erhebung untermauert und ergänzt den bisher noch nicht untersuchten Bereich des kommunalpolitischen Engagements von Frauen in Kommunen und Gemeinden in ländlichen Regionen unter 50.000 Einwohnern.

Die durchgeführte Erhebung zur Ermittlung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen in der Kommunalpolitik in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer deutlich unterrepräsentiert sind. Die geringe kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen ist auf allen drei untersuchten Ebenen und bei den Spitzenpositionen festzustellen.

4. Ergebnisse der qualitativen Interviews und des Workshops

Um die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement von Frauen vertiefend zu untersuchen, wurden einschlägige Studien ausgewertet, kommunale Strukturen analysiert und Thesen abgeleitet. Diese Auswertung und die Ergebnisse der Gesamterhebung stellten die Grundlage für die qualitativen Interviews mit 30 Kommunalpolitikerinnen dar.

Die Ergebnisse wurden in einem Reflexionsworkshop validiert und die Thesen abschließend bewertet.

¹⁴ Berücksichtigt wurden die Vorsitzenden der Hauptausschüsse.

Herkunft und Biografie der Kommunalpolitikerinnen

These: Frauen aus den neuen und alten Bundesländern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer biografischen Entwicklung. Neben dem Alter der Frauen und ihrer Herkunft spielen der familiäre Status und die Ausbildung eine Rolle.

Bewertung: Die These kann bestätigt werden. Für alle befragten Kommunalpolitikerinnen besteht ein Zusammenhang zwischen Alter, Herkunft, familiärer und beruflicher Prägung, der ihr kommunalpolitisches Engagement bestimmt. Die Adaption der Wende ist in vielen Biografien noch präsent und beeinflusst den Status und die Lebensumstände der Frauen.

Die befragten Kommunalpolitikerinnen aus den neuen Bundesländern sind im Durchschnitt über 50 Jahre alt. Ihr Werdegang ist durch Umorientierung in der Wendezeit geprägt. Sie bezeichnen sich selbst als vom Frauen- und Familienbild der ehemaligen DDR geprägt. Die befragten Kommunalpolitikerinnen aus den alten Bundesländern sind im Durchschnitt jünger.

Die Wende spielt für ihren beruflichen Weg insofern eine Rolle, als dass sie in den neuen Ländern Freiräume für mehr Einsatzmöglichkeiten und Entwicklungschancen zur Verfügung stehen hatten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Kommunalpolitikerinnen mit der Region, in der sie kommunalpolitisch tätig sind, verwurzelt sind. Sie beschreiben sich selbst als heimatverbunden.

„Die Herkunft aus der Region ist entscheidend. Die Verbundenheit mit den Leuten hat mich zu meinem kommunalpolitischen Engagement bewegt (...).“

„verwurzelt mit der Scholle“.

Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben

These: Die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Familie und Beruf stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Ausübung einer kommunalpolitischen Tätigkeit dar.

Bewertung: Die These wird bestätigt. Für die befragten Frauen ist die Vereinbarkeit ihres Engagements mit Beruf und Privatleben eine wesentliche Voraussetzung ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit.

Als Gründe, die einer Vereinbarkeit entgegen stehen, werden unzureichende Kinderbetreuung, klassische Rollenaufteilungen, fehlende Zeit sowie Komplexität der Aufgaben in der Ausübung mit dem Engagement genannt. Aufgrund der Mehrfachbelastung verfügen die Frauen über ein eingeschränktes Zeitkontingent. Bei ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen kommt die Priorisierung des Erwerbslebens hinzu und verstärkt die zeitliche Knappheit. Die Befragten sehen aus o. g. Gründen zum jetzigen Zeitpunkt zu wenig Nachwuchs an weiblichen Kommunalpolitikerinnen.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass eine funktionierende Vereinbarkeit von Kommunalpolitik mit Beruf und Familie motivierend und förderlich für das kommunalpolitische Engagement ist. Die Unterstützung durch Partner und/oder Familie ist eine notwendige Voraussetzung für kommunalpolitisches Engagement.

„Es geht nicht ohne Unterstützung. Man muss in der Familie schon untereinander klarkommen und das unterstützen.“

Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei

These: Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die durch institutionelle und sozioökonomische Faktoren, wie das Wahl- und Parteiensystem, politische Kulturen in den Parteien und von zugeschriebenen Rollenmustern bestimmt wird.

Bewertung: Die These kann bestätigt werden. Kommunalpolitisch aktive Frauen gehören weitgehend etablierten Parteien an. Das parteipolitische Engagement von Frauen stellt einen Einflussfaktor für ihr kommunalpolitisches Engagement dar.

Frauen werden über die Parteien vor Ort motiviert oder angesprochen, um in die Kommunalpolitik einzusteigen. Ebenso zeigen die Interviews, dass eine Parteizugehörigkeit wichtig für das Ausüben kommunalpolitischer Spitzenpositionen ist.

Gleichzeitig wird jedoch zwischen Parteipolitik und der alltäglichen kommunalen Arbeit vor Ort unterschieden. Insgesamt werden die Strukturen und Kulturen in Parteien als hinderlich angesehen, wenn es um den Zugang von Frauen in die Kommunalpolitik geht.

“Es gibt eher ein kommunalpolitisches Interesse als ein parteipolitisches.“

Organisationskulturen in kommunalpolitischen Strukturen

These: Die Organisationskultur in den kommunalen Strukturen stellt einen entscheidenden Faktor für das kommunalpolitische Engagement von Frauen dar.

Bewertung: Die These ist differenziert zu betrachten. Die interviewten Frauen beschreiben die Kultur in den kommunalpolitischen Strukturen oft als tradiert, männlich dominiert sowie unbeweglich. Ebenso werden damit einhergehende Intransparenz sowie informelle Netzwerke in den kommunalen Gremien beschrieben.

Diese Strukturen wirken auf die befragten Kommunalpolitikerinnen, die mehrheitlich einen großen Gestaltungswillen in ihrem kommunalpolitischen Engagement zeigen, häufig demotivierend. Sie berichten davon, dass man „ein dickes Fell“ braucht, um sich durchzusetzen, und dass sich Frauen diesen Strukturen nicht aussetzen wollen.

Die Offenheit der Organisationskulturen ist den befragten Frauen wichtig für die Ausübung ihres kommunalpolitischen Amtes. Kommunalpolitische Gremien und ihre Strukturen selbst können sowohl förderlich und motivierend als auch demotivierend für das kommunalpolitische Engagement sein.

„Man könnte etwas bewegen, wenn man sich engagiert, aber man scheitert an den Machtverhältnissen. Festgemauerte Strukturen wie in Beton. Alte Muster und Bequemlichkeiten sind stark.“

Zivilgesellschaftliches Engagement

These: Zivilgesellschaftliches Engagement kann ein Motor für kommunalpolitisches Engagement sein.

Bewertung: Die These ist zu bestätigen. Für die befragten Kommunalpolitikerinnen sind zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement untrennbar miteinander verbunden, sie bedingen sich gegenseitig.

Aus den Interviews ist ableitbar, dass zivilgesellschaftliches Engagement für kommunalpolitisches Engagement motivierend wirkt und zumeist ein Auslöser für verstärktes kommunalpolitisches Engagement ist. In Vereinen oder Initiativen vor Ort werden die Frauen für kommunalpolitische Posten und Gremien angesprochen und für ein Engagement gewonnen.

Sind die Frauen in einer kommunalpolitischen Funktion tätig, so halten sie engen Kontakt zu Vereinen oder Initiativen vor Ort. Dadurch vernetzen sie Strukturen miteinander und festigen ihre eigene Position. Die Interviews zeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement stabilisierend wirkt und so eine bedeutende Rolle für Gemeinden und Regionen spielt.

„Ausgangspunkt war es Missstände in der KITA der Tochter zu beseitigen. Das hat mich bewegt, mich kommunalpolitisch zu engagieren.“

Regionale Rahmenbedingungen

These: Regionale Rahmenbedingungen spielen eine wesentliche Rolle für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen.

Bewertung: Die These kann bestätigt werden. Es bestehen Unterschiede in der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen zwischen den Regionen.

Als Faktoren für die unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen wurden u. a. die Arbeitsmarktchancen, die Infrastruktur oder die Lebensqualität in der Region aus Sicht der befragten Kommunalpolitikerinnen genannt. Solche Rahmenbedingungen lassen sich als Grundvoraussetzung für den Verbleib von Frauen in einer Region ansehen.

Die befragten Frauen geben an, dass diese Rahmenbedingungen entscheidend für den Verbleib in den neuen Ländern und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik sind.

„Das hat keinen Einfluss für eine Frau. Wer weggeht, der geht nicht weg, weil er sich kommunalpolitisch nicht weiterentwickeln kann. Der geht weg, wegen der Arbeit (...).“

Die qualitativen Interviews und der Reflexionsworkshop konnten die Forschungshypothesen weitgehend bestätigen. Herauszustellen ist, dass Kommunalpolitik und kommunalpolitisches Engagement von den befragten Frauen als ein Beitrag zur proaktiven Gestaltung ihrer Gemeinde, ihres Landkreises sowie für das „gute Zusammenleben aller Generationen“ gesehen wird. Kommunalpolitisches Engagement ist für sie gleichzeitig „Beruf und Berufung“, das sie mit viel Leidenschaft und dem Willen zur Gestaltung in ihrer Region oder vor Ort ausüben.

5. Einordnung und Handlungsansätze

Die Forschungsergebnisse ergänzen den bisher noch nicht untersuchten Bereich des kommunalpolitischen Engagements von Kommunen und Gemeinden in ländlichen Regionen und bestätigen die deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Die Erhebungen zeigen klar auf, dass Frauen politische Verantwortung in Kommunen und Gemeinden selbstbewusst übernehmen und übernehmen wollen. Zentrales Motiv für das Engagement ist ihr Gestaltungswille bezogen auf die gesamte Breite der kommunalen Politikfelder. Ihr Selbstverständnis Engagement, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist eine der wesentlichsten Voraussetzung für ihr Wirken. Als vordringlich sehen die kommunalpolitisch aktiven Frauen die Gewinnung von Nachwuchs und die Unterstützung jüngerer Frauen bei deren Einstieg in die Kommunalpolitik an. Weiterhin sind für sie die regionalen Rahmenbedingungen wie Arbeitsmarkt und Lebensqualität entscheidend für ihr kommunalpolitisches Engagement und den Verbleib der Frauen in den neuen Ländern.

Von Kommunalpolitikerinnen benannte Handlungsansätze lassen sich auf vier Felder fokussieren.



Abbildung 4: Handlungsfelder

Herauszuhebende Handlungsansätze, um das kommunalpolitische Engagement zu befördern, sind:

- ▶ Schaffen von mehr Akzeptanz für Frauen in politischen Ämtern:
Anerkennung und Würdigung von kommunalpolitischer Tätigkeit in der Öffentlichkeit
- ▶ Bessere Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement:
Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch gute Kinderbetreuungsangebote und familiäre Unterstützungsleistungen
- ▶ Nutzen von zivilgesellschaftlichen Engagements für politisches Engagement:
Aktives Werben und gezielte Ansprache von Frauen in Vereinen, Initiativen etc.
- ▶ Intensivieren der Nachwuchsgewinnung:
Verstärktes Agieren von KommunalpolitikerInnen als MentorInnen und Vorbilder
- ▶ Aufbrechen von Strukturen:
Erleichtern des Zugangs von Frauen in die Kommunalpolitik, beispielsweise durch alternierende Wahllisten, Quoten etc. für Frauen in kommunalen Gremien
- ▶ Modernisieren der Organisationskulturen:
Stärkere Berücksichtigung der Lebenslagen von Frauen in kommunalen Gremien (z. B. adäquate Sitzungstermine)
- ▶ Unterstützen der Netzwerkbildung:
Erfahrungsaustausch und Vermittlung von Kompetenzen fördern.

Frauen wollen gesellschaftliche Entwicklungen gestalten und aktiv an politischen Entscheidungen mitwirken. Um mehr Frauen für kommunalpolitische Aufgaben zu begeistern, müssen Strukturen und Rahmenbedingungen an die Erfordernisse einer modernen Gesellschaft angepasst werden.

Anhang 1 - Zusammenfassung für die neuen Bundesländer

Tabelle A-1.1: Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern - Kreisebene

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Kreisebene*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	58	100,0	50	86,2	8	13,8	0	0,0
Kreistagsmitglied	3.450	100,0	2.764	80,1	686	19,9	0	0,0
Kreisvorsitz	58	100,0	45	77,6	7	12,1	6	10,3
Ausschussvorsitz	58	100,0	50	86,2	8	13,8	0	0,0
Fraktionsvorsitz	312	100,0	264	84,6	47	15,1	1	0,3
Gesamt	3.936	100,0	3.173	80,6	756	19,2	7	0,2

*Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-1.2: Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern - Verwaltungsverbands-ebene

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Verwaltungsverbands-ebene**	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Amtsleiter	351	100,0	286	81,5	60	17,1	5	1,4
Ausschussmitglied	1.914	100,0	1.571	82,1	343	17,9	0	0,0
Gesamt	2.265	100,0	1.857	82,0	403	17,8	5	0,2

* Abweichungen in der Summe durch Runden

**Amtsebene, Verwaltungsverband/Verwaltungsgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft, amtsangehörige Gemeinden verwendet

Tabelle A-1.3: Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern - Gemeindeebene

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Gemeindeebene	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin	2.773	100,0	2.283	82,4	475	17,1	15	0,5
Mitglieder Gemeindevertretung	29.252	100,0	22.801	77,9	6.287	21,5	164	0,6
Gemeinderatsvorsitz	1.872	100,0	839	44,8	145	7,8	888	47,4
Ausschussvorsitz	1.084	100,0	617	56,9	112	10,3	355	32,7
Fraktionsvorsitz	989	100,0	773	78,2	178	18,0	38	3,8
Gesamt	35.970	100,0	27.313	75,9	7.197	20,0	1.460	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Anhang 2 - Zusammenfassung für Brandenburg

Tabelle A-2.1: Repräsentanz von Frauen in Brandenburg - Kreisebene

Ebene Kreise*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	14	100,0	14	100,0	0	0,0	0	0,0
Kreistagsmitglied	744	100,0	566	76,1	178	23,9	0	0,0
Kreisvorsitz	14	100,0	12	85,7	2	14,3	0	0,0
Ausschussvorsitz	14	100,0	14	100,0	0	0,0	0	0,0
Fraktionsvorsitz	78	100,0	66	84,6	12	15,4	0	0,0
Gesamt	864	100,0	672	77,8	192	22,2	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-2.2: Repräsentanz von Frauen in Brandenburg - Amtsebene

Ebene Ämter*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Amtsleiter	53	100,0	42	79,2	11	20,8	0	0,0
Ausschussmitglied	529	100,0	443	83,7	86	16,3	0	0,0
Gesamt	582	100,0	485	83,3	97	16,7	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-2.3: Repräsentanz von Frauen in Brandenburg - Gemeindeebene

Ebene Gemeinden*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin**	415	100,0	340	81,9	63	15,2	12	2,9
Mitglieder Gemeindevertretung	5.692	100,0	4.312	75,8	1.371	24,1	9	0,2
Gemeinderatsvorsitz	415	100,0	279	67,2	57	13,8	79	19,0
Ausschussvorsitz	415	100,0	144	34,7	24	5,8	247	59,5
Fraktionsvorsitz	440	100,0	343	78,0	97	22,0	0	0,0
Gesamt	7.377	100,0	5.418	73,5	1.612	21,9	347	4,7

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Anhang 3 – Zusammenfassung für Mecklenburg-Vorpommern

Tabelle A-3.1: Repräsentanz von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern – Kreisebene

Ebene Kreis*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	6	100,0	4	66,7	2	33,3	0	0,0
Kreistagsmitglied	422	100,0	327	77,5	95	22,5	0	0,0
Kreistagspräsident	6	100,0	3	50,0	3	50,0	0	0,0
Ausschussvorsitz	6	100,0	4	66,7	2	33,3	0	0,0
Fraktionsvorsitz	33	100,0	27	81,8	6	18,2	0	0,0
Gesamt	473	100,0	365	77,2	108	22,8	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-3.2: Repräsentanz von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern – Amtsebene

Ebene Ämter*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Amtsvorsteher	77	100,0	66	85,7	8	10,4	3	3,9
Ausschussmitglied*	895	100,0	717	80,1	178	19,9	0	0,0
Gesamt	972	100,0	783	80,6	186	19,1	3	0,3

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-3.3: Repräsentanz von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern – Gemeindeebene

Ebene Gemeinden*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin	788	100,0	628	79,7	160	20,3	0	0,0
Mitglieder Gemeindevertretung	5.833	100,0	4.319	74,0	1.503	25,8	11	0,2
Gemeinderatsvorsitz	788	100,0	34	4,3	4	0,5	750	95,2
Fraktionsvorsitz	65	100,0	52	80,0	13	20,0	0	0,0
Gesamt	7.474	100,0	5.033	67,3	1.680	22,5	761	10,2

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Anhang 4 - Zusammenfassung für Sachsen

Tabelle A-4.1: Repräsentanz von Frauen in Sachsen - Kreisebene

Ebene Kreis*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0
Kreistagsmitglied	916	100,0	776	84,7	140	15,3	0	0,0
Kreistagspräsident	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0
Ausschussvorsitz	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0
Fraktionsvorsitz	58	100,0	49	84,5	9	15,5	0	0,0
Gesamt	1.004	100,0	855	85,2	149	14,8	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-4.2: Repräsentanz von Frauen in Sachsen - Verwaltungsebene

Ebene Verbände*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Verbandsvorsitzender	89	100,0	78	87,6	9	10,1	2	2,2
Mitglied der Verbandsver- sammlung	217	100,0	177	81,6	40	18,4	0	0,0
Gesamt	306	100,0	255	83,3	49	16,0	2	0,7

* Abweichungen in der Summe durch Runden

** Amtsebene, Verwaltungsverband/Verwaltungsgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft, amtsangehörige Gemeinden verwendet

Tabelle A-4.3: Repräsentanz von Frauen in Sachsen - Gemeindeebene

Ebene Gemeinden*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7
Mitglieder Gemeindevertretung	5.557	100,0	4.410	79,4	1.006	18,1	141	2,5
Gemeinderatsvorsitz	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7
Ausschussvorsitz	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7
Fraktionsvorsitz	180	100,0	121	67,2	21	11,7	38	21,1
Gesamt	7.096	100,0	5.680	80,0	1.228	17,3	188	2,6

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Anhang 5 - Zusammenfassung für Sachsen-Anhalt

Tabelle A-5.1: Repräsentanz von Frauen in Sachsen-Anhalt - Kreisebene

Ebene Kreis*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0
Kreistagsmitglied	586	100,0	479	81,7	107	18,3	0	0,0
Kreisvorsitz	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0
Ausschussvorsitz	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0
Fraktionsvorsitz	64	100,0	53	82,8	11	17,2	0	0,0
Gesamt	683	100,0	565	82,7	118	17,3	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-5.2: Repräsentanz von Frauen in Sachsen-Anhalt - Verwaltungverbandsebene

Ebene Verbandsverbände*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Leiter des Verwaltungsamtes	18	100,0	11	61,1	7	38,9	0	0,0
Mitglieder der Verbandsgemeinschaft/ ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde	273	100,0	234	85,7	39	14,3	0	0,0
Gesamt	291	100,0	245	84,2	46	15,8	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-5.3: Repräsentanz von Frauen in Sachsen-Anhalt - Gemeindeebene

Ebene Gemeinde*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin	216	100,0	187	86,6	29	13,4	0	0,0
Mitglieder Gemeindevertretung	3.669	100,0	2.939	80,1	727	19,8	0	0,0
Gemeinderatsvorsitz	216	100,0	143	66,2	17	7,9	56	25,9
Ausschussvorsitz	216	100,0	90	41,7	21	9,7	105	48,6
Fraktionsvorsitz	287	100,0	243	84,7	44	15,3	0	0,0
Gesamt	4.604	100,0	3.602	78,2	838	18,2	161	3,5

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Anhang 6 - Zusammenfassung für Thüringen

Tabelle A-6.1: Repräsentanz von Frauen in Thüringen - Kreisebene

Ebene Kreis*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Landrat	17	100,0	11	64,7	6	35,3	0	0,0
Kreistagsmitglied	782	100,0	616	78,8	166	21,2	0	0,0
Kreisvorsitz	17	100,0	9	52,9	2	11,8	6	35,3
Ausschussvorsitz	17	100,0	11	64,7	6	35,3	0	0,0
Fraktionsvorsitz	79	100,0	69	87,3	9	11,4	1	1,3
Gesamt	912	100,0	716	78,5	189	20,7	7	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-6.2: Repräsentanz von Frauen in Thüringen - Verwaltungsgemeinschaftsebene

Ebene Verwaltungsgemeinschaft*	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Gemeinschaftsvorsitzender	114	100,0	89	78,1	25	21,9	0	0,0
Gesamt	114	100,0	89	78,1	25	21,9	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden

Tabelle A-6.3: Repräsentanz von Frauen in Thüringen - Gemeindeebene

Ebene der Gemeinden	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Bürgermeisterin	901	100,0	745	82,7	156	17,3	0	0,0
Mitglieder Gemeindevertretung	8.500	100,0	6.820	80,2	1.680	19,8	0	0,0
Fraktionsvorsitz	17	100,0	14	82,4	3	17,6	0	0,0
Gesamt	9.418	100,0	7.579	80,5	1.839	19,5	0	0,0

* Abweichungen in der Summe durch Runden